

Dezember 2002 Newsletter 02/2002

EU-Osterweiterung

Der Gipfel von Kopenhagen hat grünes Licht für eine EU-Osterweiterung gegeben. Die Aufnahme zehn neuer Mitglieder – Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakische Republik, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen sowie Zypern und Malta – in 2004 wird ein wichtiger, aber auch schwieriger Integrationsschritt: Einerseits wird die historische Teilung Europas mit der EU-Osterweiterung faktisch aufgehoben, was politisch und auch ökonomisch im Kern positiv zu werten ist. Andererseits ist diese große Erweiterungsrunde problematisch, da die Arbeitsfähigkeit der Kommission an praktische Grenzen stößt: Eine weniger effiziente Kommissionsarbeit schwächt die politische Führung in der EU und könnte die Nachhaltigkeit der Europäischen Integration gefährden. Die EU wird nicht nur schwerfälliger, sondern auch heterogener, da die Varianz der Pro-Kopf-Einkommen in der erweiterten EU deutlich größer als in der EU-15 ist. Es ist nicht ohne weiteres gesichert, dass die Neumitglieder dem Druck des Binnenmarktes standhalten werden; allerdings ist es Aufgabe nationaler Reformpolitik wie supranationaler Hilfen für die Neumitglieder, nachhaltig die Fähigkeit zur vollen Mitwirkung als EU-Mitglied zu realisieren. So sehr man von den Neumitgliedern durchdachte Reformen im eigenen Interesse wie im Interesse der Gemeinschaft fordern muss, so sehr sind Altmitglieder – allen voran Länder mit Problemen in wichtigen Politikfeldern wie etwa Deutschland, Frankreich und Italien – gefordert, beschäftigungs- und wachstumsförderliche Reformen aus Eigen- und Gemeinschaftsinteresse voranzubringen. Bei der EU-Osterweiterung sollte man im übrigen nicht über negative Handelsablenkungseffekte zulasten von Drittländern hinwegsehen; zuverlässige politisch-wirtschaftliche Brücken auch zu diesen – etwa im Rahmen des EWR - zu bauen wird eine Aufgabe der erweiterten EU sein.

Was die Idee einer Aufnahme der Türkei in die EU angeht, so ist Skepsis angebracht – gerade angesichts des offensichtlichen Drucks der USA für eine Türkei-Mitgliedschaft, die sich davon eine Absicherung einer demokratisch-laizistischen Regierung in der Türkei erwarten. Eine solche Mitgliedschaft aber würde der EU nicht nur schwierigste Aussengrenzen, u.a. zum Irak, zu Armenien und Syrien bescheren, sondern die EU auch verstärkt in den Nahostkonflikt hineinziehen. Dieser ungelöste Dauerkonflikt (mit globaler abendlicher TV-Berichterstattung) zwischen Israel und den Palästinensern, den die Supermacht USA – ohne angemessenen Druck auf Israel auszuüben – mit Schwelen lässt, dürfte über Jahre oder gar Jahrzehnte die Radikalisierung islamischer bzw. islamistischer Jugendlicher weltweit anheizen, und das gilt auch für die Türkei. Es ist aus europäischer Sicht daher widersprüchlich, wenn die USA durch relative Passivität bei der Lösung des Nahostkonflikts indirekt die politisch-religiöse Radikalisierung in der Türkei mit anschieben, zugleich aber erwarten, dass die EU-Mitgliedschaft zum Garanten eines demokratisch-laizistischen türkischen Staats werden könne. Solange die USA bzw. Israel und die Palästinenser keinen dauerhaften Frieden in Nahost zustande bringen – und solange der Kurdenkonflikt nicht gelöst ist –, kann man aus EU-Sicht nicht ernsthaft an eine Türkei-Mitgliedschaft denken. Denn bei voller Freizügigkeit, die mit einer Mitgliedschaft verbunden wäre, eine radikalisierte Türkei in der EU zu haben, wäre ein Unglück für Europa bzw. könnte zu einem Kampf der Kulturen mitten in der EU führen.

Im übrigen stellt sich die Frage einer Euro-Einführung für die EU-Neumitglieder, die offenbar schon für 2007 auf eine Mitgliedschaft in der Wirtschafts- und Währungsunion abzielen. Dies könnte für viele Länder ein zu früher Termin sein, da die relativ armen osteuropäischen Länder ein relativ hohes Wachs

Europäisches Institut für internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) e.V.

Präsident: Prof. Dr. Paul J.J. Welfens
Vizepräs. Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann
Schatzmeister: Dr. Andre Jungmittag
August-Bebel-Str. 89, D-14482 Potsdam, Germany

Telefon: +49 (0331) 977 4614
+49 (0331) 748 2728
Telefax: +49 (0331) 977-4631
E-mail: Welfens@rz.uni-potsdam.de
<http://www.euroeiiw.de>

tum aufweisen sollten, das erfahrungsgemäß mit einem Relativpreisanstieg bei nichthandelsfähigen Gütern einhergeht (Balassa-Samuelson-Effekt). Das spiegelbildliche relative Sinken des Preises handelsfähiger Güter könnte durch eine nominale Aufwertung inflationsfrei erfolgen, was Wechselkursflexibilität erfordert; oder aber durch Ansteigen des absoluten Preises der nichthandelsfähigen Güter – bei konstantem Preisniveau der handelsfähigen Güter – letztere Variante würde eine relativ hohe Inflationsrate bedeuten, was kaum in Einklang mit dem Konvergenzerfordernis niedriger Inflationsraten zu bringen ist. Mehr noch, eine hohe Inflationsrate könnte zu überhöhten allgemeinen Lohnsteigerungen führen, die negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors der nichthandelsfähigen Güter wirken würde: Hier droht dann ein erheblicher Anstieg der Arbeitslosenquote und auch eine erhöhte Defizitquote im Staatshaushalt.

Paul J.J. Welfens

Wirtschaftspolitische Agenda: Was ist zu tun?

Prof. Welfens hat an einer RWI-EE-Tagung in Berlin teilgenommen, auf der - nach dem Vorbild der Washingtoner Brookings Institution mit dem Veranstaltungszyklus Setting National Priorities - zahlreiche Wissenschaftler Reformbereiche künftiger Wirtschaftspolitik skizzierten. Welfens präsentierte ein Papier zur Überwindung der Wachstumsschwäche in Deutschland: Die Analyse ist auf der EIIW-Website abrufbar.

Dissertationsprojekte

Ralf Wiegert hat seine Promotion im Herbst 2002 erfolgreich beendet, wobei er zahlreiche wichtige Forschungsimpulse aus dem EIIW-Russland-Forschungsprojekt in positiver und innovativer Weise aufgenommen hat. Die Analyse bietet eine Fülle neuer wissenschaftlicher Befunde zur Transformation in Russland und anderen Ländern Osteuropas. Die Arbeit von Ralf Wiegert wird im Springer Verlag, Heidelberg, erschienen, und zwar unter dem Titel

Transformationskrise, Wachstumserfordernisse und Wettbewerbsblockade in Rußland

Neue Forschungsprojekte

EU-Strukturwandel im Kontext der EU-Osterweiterung

Im Rahmen eines Forschungsprojekts (5th framework) in Kooperation mit Polens führendem Forschungsinstitut CASE, Warschau, und anderen Partnern in der EU wird das EIIW ab 2003 den Strukturwandel der Wirtschaft im Kontext der EU-Osterweiterung untersuchen.

EIIW-Jahresversammlung

Die EIIW-Jahresversammlung fand am 6.12.2002 in Düsseldorf im Holiday Inn Hotel statt. Dr. Jürgen Krö-

ger von der Europäischen Kommission, DG II, hielt einen Vortrag zum Thema EU-Osterweiterung und die Wirtschafts- und Währungsunion. Der Vortrag fand großes Interesse und wird als wichtiger Impuls für die künftige EIIW-Forschung wirken.

Thematisiert wurden in der Jahresversammlung Perspektiven der europäischen Forschungsnetzwerke.

Relaunch der Progressinfo-Website

Mit Blick auf das neue Russland-Projekt „Russlands Integration in die Weltwirtschaft“ fand ein Relaunch der Website progressinfo.net statt. Erstmals hat das EIIW auch eine Video-Clip-Dokumentation zu einem wissenschaftlichen Workshop ins Web gestellt.

EIIW-Website

Die EIIW-Website zeigt als Pionierleistung erstmals eine Video-Dokumentation eines wissenschaftlichen Workshops. Zudem finden sich einige Aussagen von Prof. Welfens zu aktuellen Fragen der Wirtschaftspolitik. Schließlich gibt es eine neue Rubrik Kurzanalyse, über die der Nutzer sich Wissen zu wichtigen Forschungsthemen erschließen kann.

Projekt zum EU-Strukturwandel mit CASE, Warschau

Im Rahmen des fünften Forschungsrahmenprogramms wird das EIIW unter Führung von CASE, Warschau, an einem in 2003 startenden Projekt zum Strukturwandel im Kontext der EU-Osterweiterung mitwirken. Näheres hierzu im nächsten Newsletter.

Neue Publikationen

Addison, J.T., Welfens, P.J.J. (2002), Labor Markets and Social Security, 2. Aufl., Heidelberg und New York: Springer.

Barfield, C., Heiduk, G., Welfens, P.J.J. (2003), Internet, Economic Growth and Globalization, Heidelberg und New York: Springer.

Gries, T., Jungmittag, A., Welfens, P.J.J. (2002), Neue Wachstums- und Innovationspolitik in Deutschland und Europa, Heidelberg und New York: Springer.

Welfens, P.J.J. (2002), Interneteconomics.net, Heidelberg: Springer

Welfens, P.J.J.; Wiegert, R. (2002), Reform des Bankensektors und Stabilität in Rußland, in: Duwendag, D. (Hg.), Reformen in Rußland und die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen, Baden-Baden: Nomos.

Welfens, P.J.J.; Wiegert, R. (Hg., 2002), Transformationskrise und neue Wirtschaftsreformen in Rußland, Heidelberg: Physica.

Presse:

u.a. Handelsblatt, Financial Times Deutschland, Rheinische Post, FAZ Business Radio Berlin